

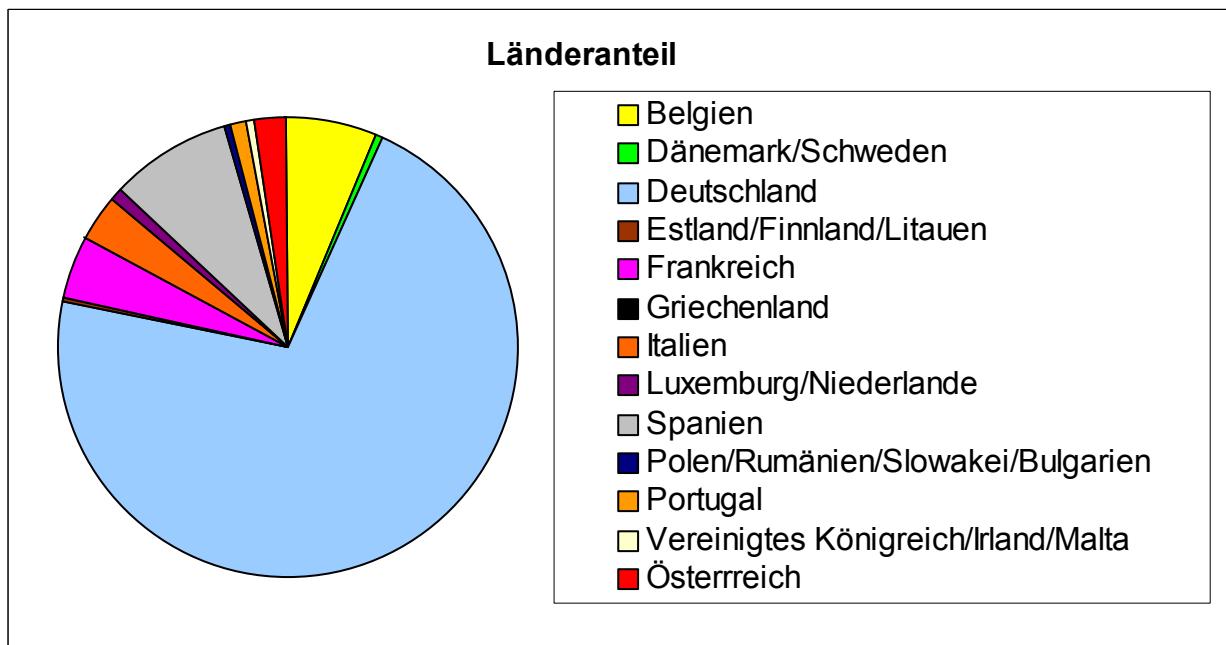
EU – Barometer Auswertung

Stand: 01. Juli 2009



1. Vergleich der Länder

Es fiel im Vorfeld und während des Projektes auf, dass sich im Besonderen die Länder Deutschland, Belgien, Österreich, Italien (hier besonders Südtirol), Frankreich und Spanien für das Projekt engagierten, durch ein hohes Maß an Werbung, Informationen zum Projekt, Berichten über „Vote Europe“ oder anderweitig. Die KAB Deutschlands, die KAV Belgie sowie die KWB Belgie, die KAB Österreich die KVV Südtirol waren außerdem neben dem EBCA selbstständige Projektträger des Projektes „Vote Europe“. Darüber hinaus zeigt sich, dass von den insgesamt 1786 Abstimmenden 96% aus diesen sechs Ländern abstimmten. Aus diesem Grund sollen an dieser Stelle zunächst die zu Beginn genannten 6 Länder näher betrachtet werden.

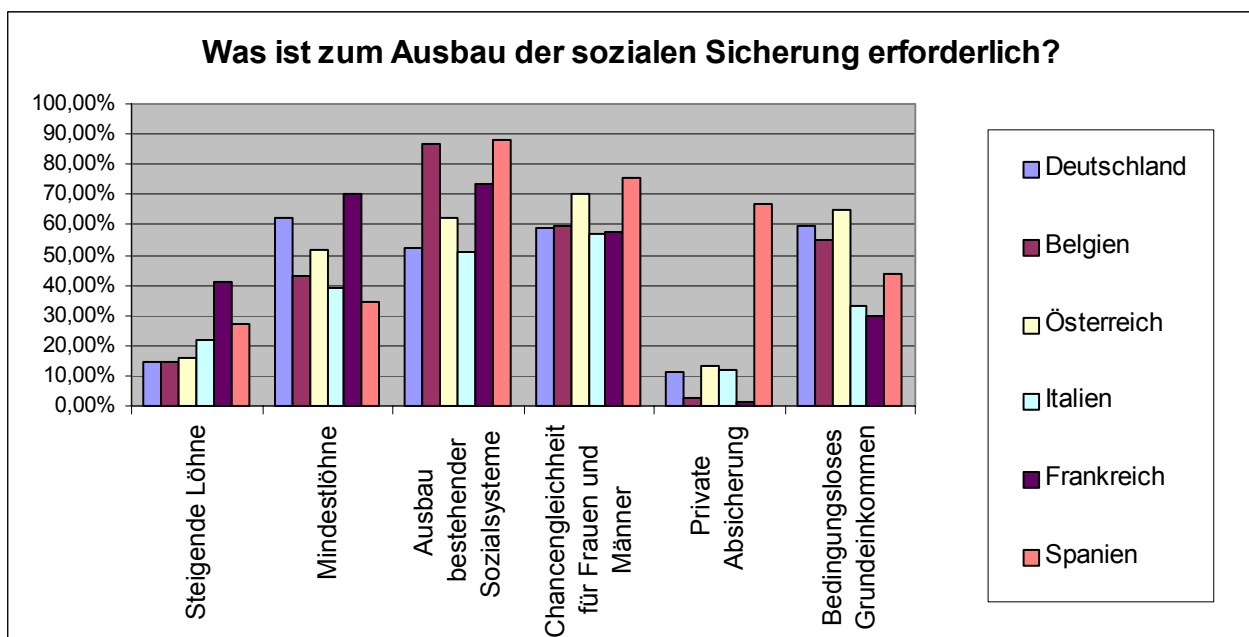


Bereits mit der ersten Frage wird deutlich, dass das Soziale für die Abstimmenden das wesentliche Kriterium darstellt: Für die Mehrheit der Abstimmenden aus allen sechs Ländern soll ein Europaparlamentarier vor allem sozial eingestellt sein. In Österreich und Spanien wünschen sich dies sogar über 90% der Abstimmenden. Gleichzeitig bejaht die Mehrheit, dass es verbindliche soziale Standards in Europa geben muss, für die sich – auch Meinung der Mehrheit – vor allem das Europäische Parlament einsetzen soll. 55% der Abstimmenden aus Spanien fordern darüber hinaus, dass sich auch die Bürgerinnen und Bürger vermehrt für die Durchsetzung solcher Standards einsetzen sollen. Bis auf Österreich, wo immerhin ein Drittel der Abstimmenden anders denkt, sah die Minderheit der Abstimmenden die Kirchen in diesem Punkt nicht zum Handeln verpflichtet.

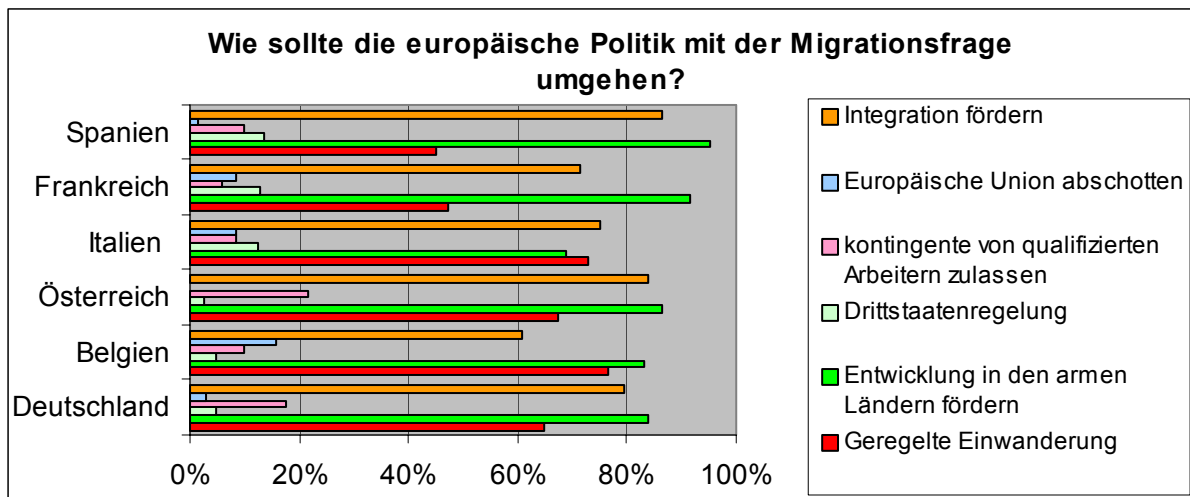
Des Weiteren stimmt die Mehrheit der Abstimmenden der Frage zu, ob die soziale Sicherung in Europa ausgebaut werden soll. Doch gehen die Meinungen darüber,

was dazu notwendig ist, leicht auseinander. In Deutschland hält man die Mindestlöhne (62%), ein bedingungsloses Grundeinkommen (59%) und die Chancengleichheit für Frauen und Männer (59%) für die wichtigsten Kriterien. Die deutliche Mehrheit der Abstimmenden aus Belgien und Spanien hingegen halten den Ausbau bestehender Sozialsysteme (Belgien: 87% / Spanien: 88%) für wesentlich notwendiger zum Ausbau der sozialen Sicherung. An zweiter Stelle sehen sie die Chancengleichheit für Frauen und Männer (Belgien: 60% / Spanien: 75%) und immerhin noch 55% der Abstimmenden aus Belgien und 44% der aus Spanien fordern ein bedingungsloses Grundeinkommen. In Österreich wird die Chancengleichheit (70%) als wesentlichstes Kriterium angesehen, an zweiter Stelle steht auch hier das bedingungslose Grundeinkommen. In Italien wird ebenfalls die Chancengleichheit für Frauen und Männer als unbedingt erforderlich zum Ausbau der sozialen Sicherung angenommen. Die Mehrheit der Abstimmenden aus Frankreich fordert den Ausbau bestehender Sozialsysteme (73%) – schließt sich damit der Forderung Belgiens und Spaniens an – und sieht daneben die Mindestlöhne (70%) als unbedingt notwendig.

Einig sind sich die Abstimmenden aller vier Länder, dass die Private Absicherung nur eine untergeordnete Rolle spielt.

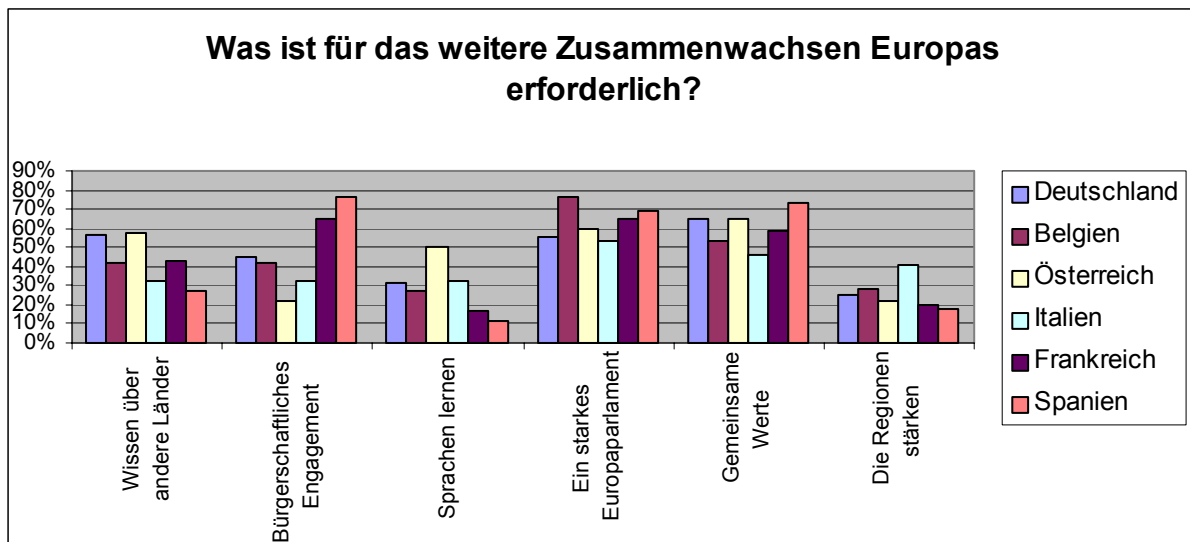


Neben dem Ausbau der sozialen Sicherung halten auch rund 90% der Abstimmenden das Thema Migration für eine wichtige gesamteuropäische Aufgabe, in Spanien sogar 99%. Auf die Frage, wie die EU-Politik mit der Migrationsfrage umgehen soll, wurden die „Geregelte Einwanderung“, die „Förderung der Entwicklung in armen Ländern“ und die „Förderung der Integration“ als wichtigste Punkte genannt, wenn auch in unterschiedlicher Reihenfolge.



Außerdem bejaht die deutliche Mehrheit der Abstimmenden die Frage, ob die EU zu einer Wissensgesellschaft ausgebaut werden soll. Die kostenfreie Ausbildung erachten 79% der Abstimmenden in Deutschland, 72% der Abstimmenden in Österreich und 82% der Abstimmenden in Frankreich als wichtigstes Kriterium, um ein Grundrecht auf Bildung gewährleisten zu können. Die Bildungsabschlüsse europaweit anzuerkennen, steht in diesen drei Ländern auf Platz Zwei, in Belgien mit 77% und in Italien mit 72% sogar auf Platz Eins. In Spanien dagegen glauben 89% der Abstimmenden ein Grundrecht auf Bildung lasse sich durch den Ausbau der Bildungslandschaft am ehesten verwirklichen. Knapp mehr als die Hälfte der Abstimmenden in Belgien, Österreich, Frankreich und Spanien setzen daneben auf eine EU Bildungspolitik. Privatschulen allerdings werden in allen Ländern als unwesentlich erachtet. Die größte Herausforderung für ein soziales Europa sehen allerdings die Abstimmenden aus allen sechs Ländern in der Sozialen Gerechtigkeit (Deutschland 57% / Belgien 60% / Österreich 58% / Italien 63% / Frankreich 50% / Spanien 71%). Die „Schere zwischen Arm und Reich“ halten die Abstimmenden in Deutschland (42%), in Belgien (46%) und in Österreich (55%) für die zweitgrößte Herausforderung, hingegen halten nur 16% der Abstimmenden in Italien dieses Thema überhaupt für eine Herausforderung. 45% Abstimmenden aus Frankreich fordern darüber hinaus ein europäisches Sozialmodell. In Spanien sehen außerdem 45% der Abstimmenden in „Demokratie und Mitbestimmung“ eine Herausforderung für ein soziales Europa. „Einklagbare Soziale Rechte“, „demographischer Wandel“ und die Globalisierung werden hingegen nicht unbedingt als Herausforderungen für ein soziales Europa gesehen.

Trotz vieler durch diese Auswertung gezeigte Gemeinsamkeiten glauben nur etwa zwischen 39% (Spanien) und 51% (Deutschland und Belgien), dass der soziale Zusammenhalt in Europa zunehmen wird, in Spanien und Österreich glaubt die knappe Mehrheit der Abstimmenden sogar, dass der soziale Zusammenhalt eher noch abnehmen wird. Unschlüssig sind die Abstimmenden auch darüber, was für das weitere Zusammenwachsen Europas nötig ist.



Vorläufig lässt sich jedoch festhalten, dass gerade das Soziale bei allen Abstimmungen – gleich in welchem Land sie an der Abstimmung teilgenommen haben – immer im Vordergrund steht. Das zeigen die eindeutigen Mehrheiten, die als wichtigste Charaktereigenschaft eines Europaparlamentarierers seine soziale Einstellung sehen, die den Ausbau der sozialen Sicherung bejahen, oder auch die Soziale Gerechtigkeit fordern.

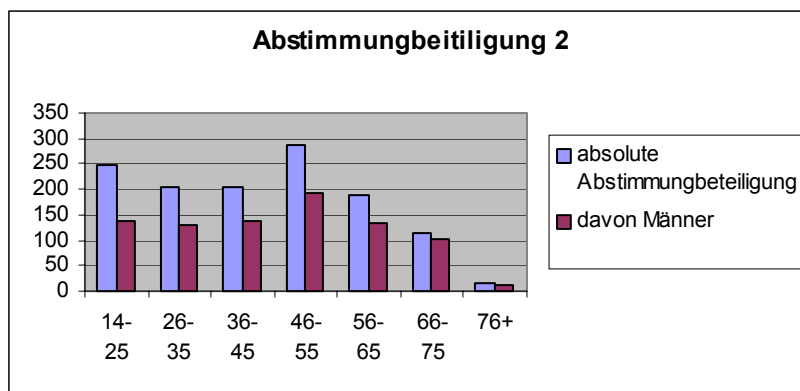
2. Abstimmung in Deutschland

Wie bereits aus der ersten Grafik ersichtlich wird, stimmten die Mehrheit der Abstimmenden (1259 Abstimmende / 70%) aus Deutschland und in deutscher Sprache ab. Daher erscheint es sinnvoll, diese Gruppe in einem nächsten Schritt einmal differenzierter zu betrachten.

Zunächst zeigt sich, dass die Beteiligung in der Altersgruppe der 46-55 jährigen am höchsten war, gefolgt von der Altersgruppe der unter 26 jährigen. Die geringste Beteiligung zeigte sich in der Gruppe der über 75 jährigen. Dabei fällt auf, dass der Männeranteil in allen Altersgruppen höher war als der Frauenanteil der Abstimmenden. Einzig in der Gruppe der unter 26 jährigen zeigte sich das Verhältnis annähernd ausgeglichen (Männeranteil 55% - Frauenanteil 45%), während der Männeranteil in der Gruppe der 66-75 jährigen sogar bei 89% lag. In allen anderen Altersgruppen lag der Männeranteil bei durchschnittlich etwa 70%.

Der jüngste Abstimmende war 14 Jahre alt und der älteste 86 Jahre.

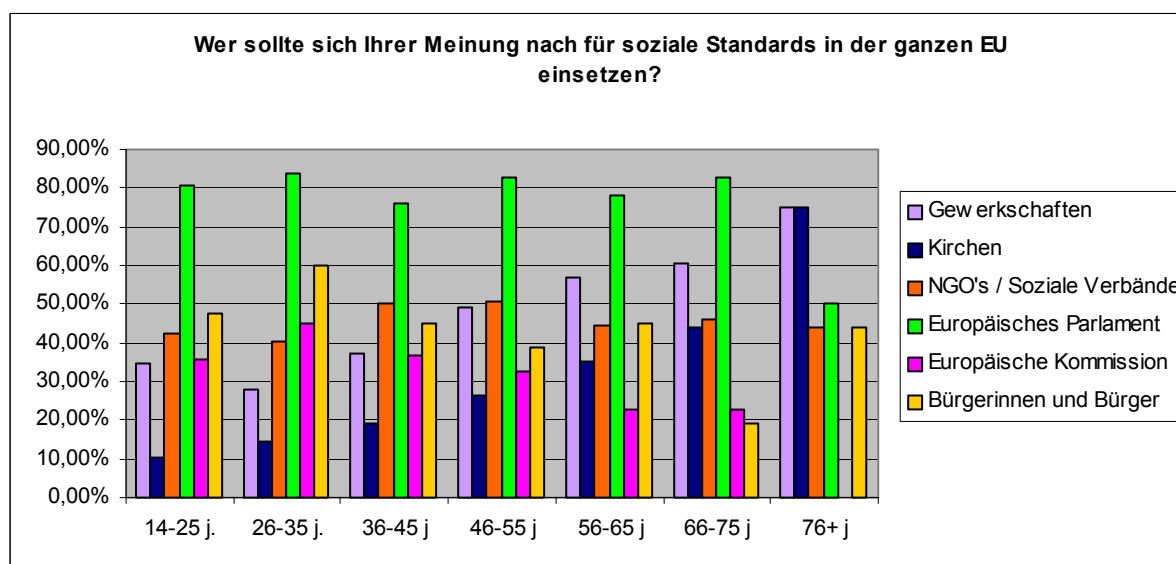




Die Abstimmenden aller Altersgruppen sind sich darüber einig, dass die wichtigste Eigenschaft eines Europarlamentarier seine soziale Einstellung sei. Daneben fordern die Abstimmenden in unterschiedlichen Maßen, dass ein Europaparlamentarier vor allem ökologisch eingestellt sowie wirtschaftlich kompetent sein soll und wünschen sich Bürgernähe.

Gleichzeitig fordert die Mehrheit der Abstimmenden in allen Altersgruppen, dass es verbindliche soziale Standards in Europa geben muss. Die Mehrheit der Abstimmenden in den Abstimmungsgruppen der unter 75 jährigen, ist der Meinung, dafür soll sich das Europäische Parlament verstärkt einsetzen. In der Gruppe der über 76 jährigen erhofft man sich diesen Einsatz jedoch überwiegend von den Kirchen und den Gewerkschaften.

Dabei zeigt sich, dass die Bedeutung, die den Kirchen im Hinblick auf den Einsatz für soziale Standards zugesprochen wird, mit zunehmenden Alter wächst. Auch, dass die Gewerkschaften sich vermehrt einsetzen, wurde von den höheren Altersklassen deutlicher hervorgehoben.



Auch die Frage, ob die soziale Sicherung in der EU ausgebaut werden soll, findet große Zustimmung. Allerdings sind die unterschiedlichen Altersklassen nicht unbedingt einer Meinung, was dazu notwendig sei.

Knapp drei Viertel der 14-25 jährigen, wie auch knapp drei Viertel der 66-75 jährigen, sehen die Chancengleichheit für Frauen und Männer als wichtigsten Faktor, während

71% der 36-45 jährigen und 75% der 46-55 jährigen ein bedingungsloses Grundeinkommen als ausschlaggebend ansehen. 67 % der 56-65 jährigen fordern hingegen ein Mindesteinkommen und über 80% der über 75 jährigen erachtete den Ausbau bestehender Sozialsysteme als unbedingt erforderlich. Die 26-35 jährigen bewerten „Mindestlöhne“, „Chancengleichheit für Frauen und Männer“ und „Bedingungsloses Grundeinkommen“ mit je etwas mehr als 50% als gleich wichtig.

Was die Private Absicherung anbelangt, so erachten immerhin noch etwa ein Viertel der 14-25 jährigen diese als erforderlich zum Ausbau der sozialen Sicherung, auch 16% der 26-35 jährigen bejahten dies. Die Abstimmenden der übrigen Altersklassen sahen die private Absicherung hingegen als nur nebensächlich, wenn überhaupt von Bedeutung.

Für das weitere Zusammenwachsen Europas, dahingehend sind sich die verschiedenen Altersklassen einig, stellen vor allem „Gemeinsame Werte“, „Wissen über andere Länder“ und „Ein starkes Europaparlament“ ausschlaggebende Kriterien dar. Auch fordert die Mehrheit aller, eine kostenfreie Ausbildung im Zuge der Verwirklichung eines Grundrechts auf Bildung.

In der Beantwortung der Frage, wie die europäische Politik mit der Migrationsfrage umgehen soll, zeigen sich allenfalls geringe Unterschiede. An den ersten beiden Stellen sahen alle die Entwicklungsförderung in den armen Ländern wie auch die Förderung der Integration, gefolgt von der geregelten Einwanderung.

Einer Meinung sind sich die verschiedenen Altersklassen auch darüber, was die oberste Herausforderung für ein soziales Europa ist: „Soziale Gerechtigkeit“.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Antworten überwiegend in dieselbe Richtung weisen. Im Vordergrund steht anscheinend für Abstimmende aller Altersklassen – wie auch für Abstimmende aller Länder bereits festgestellt wurde – das Soziale: Sei es der Wunsch, ein Europapolitiker möge vor allem „Sozial Eingestellt“ sein, die Forderung nach dem Ausbau der sozialen Sicherung (in diesem Zug auch den Ausbau bestehender Sozialsysteme – der immerhin bei fast allen Altersgruppen zu den wichtigsten drei Kriterien gezählt wurde) und nicht zuletzt die „Soziale Gerechtigkeit“, die mehrheitlich als wichtigste Herausforderung für ein soziales Europa angesehen wurde.

Dieses Projekt wurde gefördert durch



Education and Culture DG

‘Europe for Citizens’ Programme

